

**Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD - Oslo**

73

Oslo, den 19. Februar 1945.

Tgb. Nr. 162/45 g.

1941/534

Geheim!

108172

SITUATIONSBERICHT.

Meldungen aus Norwegen

Nr. 89

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt
und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüber-
prüft** übersandt wird.

Allgemeine Stimmung und innerpolitische Lage.

Die Ermordung des Leiters der norwegischen Sicherheitspolizei und Hirdchefs, Generalmajor Marthinsen, am 8.2.1945 und die darauf gefällten insges. 34 Todesurteile (davon 19 vom deutschen Standgericht und 15 durch das norwegische Sondergericht) waren Mittelpunkt lebhaftesten Interesses und Gegenstand leidenschaftlicher Erörterungen des gesamten norwegischen Volkes. Bei den Mitgliedern der NS löste sie größte Bestürzung und Verbitterung aus. Überwiegend wurde von diesen der Meinung Ausdruck gegeben, daß dieser Mord an einer führenden Persönlichkeit der NS und des Quisling-Regimes endlich zum Anlaß genommen werden müsse, dem Gegner mit den schärfsten Maßnahmen entgegenzutreten. Darüber hinaus wird von aktivistischen Kreisen innerhalb der NS die Auffassung vertreten, daß mit einem wirksamen Gegenterror begonnen werden müsse. Nur so sei der Zustand zu beseitigen, daß ein NS-Mann heute seines Lebens nicht mehr sicher sei. Gleichzeitig hat die Ermordung Marthinsens zu erneuten lebhaften Forderungen auf Bewaffnung der NS-Mitglieder geführt.

In der breiten Masse der norwegischen Bevölkerung war man sich sofort darüber im klaren, daß die Ermordung Gegenmaßnahmen zur Folge haben würde. In Oslo herrschte deshalb bereits am Nachmittag des 8.2. eine gedrückte und nervöse Stimmung. Die Veröffentlichung der Standgerichts- und Sondergerichtsurteile machte auf die Bevölkerung einen tiefen Eindruck, ohne jedoch im eigentlichen zu überraschen. Man hatte allgemein mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes gerechnet und befürchtet, daß es als Antwort hierauf zu einem von der "Heimatfront" proklamierten "Volksstreik" kommen könnte, was vielfach dazu führte, daß Badewannen und sonstige größere Gefäße mit Wasser gefüllt und Nahrungsmittel, soweit zu beschaffen, gelagert wurden, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein.

Unter

Unter dem Eindruck der Todesurteile und in der Befürchtung weiterer Maßnahmen wurde die Frage nach der Zweckmäßigkeit von Sabotage und politischen Morden erneut auf das lebhafteste erörtert. Abgesehen von ausgesprochen fanatischen Gegnern wurde überwiegend die Auffassung vertreten, daß der Schaden, der hierdurch der deutschen Kriegführung und dem Regime Quisling verursacht werde, bei weitem nicht die Opfer aufwiege, die dem norwegischen Volk durch die Gegenmaßnahmen auferlegt werden. Man solle deshalb auch mit der "Bestrafung" von NS-Mitgliedern lieber noch die kurze Zeit bis Kriegsende warten.

Im Gegensatz zu den Urteilen gegen die Terroristen, denen man zum Teil eine gewisse Berechtigung zubilligen zu müssen glaubte, wurden die Standgerichtsurteile für 4 Angehörige der Intelligenz fast durchweg als ungerechtfertigt bezeichnet, da diese Persönlichkeiten für die Terror- und Sabotagetätigkeit nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Wenn z.B. dem Oberarzt Saethre so viel zur Last gelegt werden könne, daß dies zur Rechtfertigung eines Todesurteiles ausreiche, so hätte er sich nicht bis zum letzten Tag vor seiner Erschießung in Freiheit befunden. Es könne sich deshalb in diesen Fällen nur um Geiselmorde handeln. Lediglich in Arbeiterkreisen wurde mit einer gewissen Genugtuung verzeichnet, daß durch die Gegenmaßnahmen auch hochstehende Persönlichkeiten betroffen worden wären.

Von "Geiselmorden" wurde im Zusammenhang mit den Todesurteilen besonders in Wirtschaftskreisen, gesprochen. Hierzu dürfte die Tatsache wesentlich beigetragen haben, daß Ministerpräsident Quisling am 3.2.45 eine Reihe von Wirtschaftsführern, darunter den Präsidenten des Norwegischen Roten Kreuzes und

Direktor

Direktor der Firma Siemens, Heyerdal, Präsident H. Martinsen (Norsk Kredit), Prof. Bache-Wiig, (Norsk Hydro), Bankhof Due, (Kreditkasse), Direktor P. Hansen (Vers.Ges. Storebrand) und Direktor Sommerfeld (Vers.Ges. Norden) zu sich gerufen und ihnen in Gegenwart von Generalmajor Marthinsen, Kanzleichef Lundegaard und Fylkesfører Holm erklärt hatte, daß bei Fortsetzung der Sabotagetätigkeit damit gerechnet werden müßte, daß von deutscher Seite Repressalien ergriffen würden und das Leben von als Gegnern bekannten "beste borgere" in Gefahr sei. In Wirtschaftskreisen machte sich deshalb sogleich nach dem Mord an Marthinsen eine besonders starke Nervosität bemerkbar. Nach der Veröffentlichung über die Erschießungen wurde die Verbindung zu den Erklärungen Quislings gezogen und gefolgert, daß es sich demnach um die von Quisling selbst angekündigten Geiselmorde handeln müsse.

Die in den Tagen nach dem Mord auf diesen Bezug nehmenden Veröffentlichungen wurden bei der Bevölkerung mit stärkstem Interesse verfolgt, vor allem auch die Ausführungen, die auf 2 Pressekonferenzen gemacht wurden, auf denen von deutscher Seite u.a. von dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD. in Norwegen, auf norwegischer Seite vom Chef des Polizeidepartements zu den Ereignissen umfassend Stellung genommen wurde. Einer Reihe von Veröffentlichungen des Polizeidepartements, durch die u.a. mitgeteilt wurde, daß ein besonderer "Einsatzstab" für die Bekämpfung von Gewaltverbrechen gebildet, daß solche Verbrechen vor das Sondergericht gebracht und dass für Mitteilungen, die zur Ergreifung von Saboteuren und Mördern führen, eine Belohnung in Höhe bis zu 100.000.-- Kr. zugesagt würde, wird nach den vorliegenden Meldungen vom größten Teil der Bevölkerung eine besonders praktische Bedeutung nicht beigemessen. Das Versprechen einer Belohnung wird geradezu als lächerlich bezeichnet, da jeder Norweger wisse, daß er sein Loben verwirkt habe, wenn er sich in dieser Form als "Angeber" betätigen

betätigen würde. Eine ähnliche Bewertung erfahren die an die Öffentlichkeit gerichteten eindringlichen Ermahnungen, bei der Verhinderung und Aufklärung von Sabotage- und Mordanschlägen mitzuhelfen, und die Hinweise, daß man sich mit einer nur theoretischen Ablehnung von Gewaltakten in Zukunft nicht mehr zufrieden geben könne sondern die tatkräftige Mithilfe der Bevölkerung bei Sabotage- und Terrorhandlungen gefordert werde.

Wenngleich von einem nicht unwesentlichen Teil des Volkes die Terror- und Sabotageakte im Hinblick auf ihre Folgen bedauert werden, ist man überwiegend dennoch der Auffassung, daß diese durch scharfe Gegenmaßnahmen nicht abgestoppt werden können, Vielfach erwartet man im Gegenteil, daß die aktive illegale Front wegen der Erschießungen zu Vergeltungsaktionen schreiten wird, was zu einer immer heftigeren innerpolitischen Auseinandersetzung führen werde. Wie stark die Beunruhigung in sog. "besseren Kreisen" ist, zeigt die Tatsache, daß sich mehrere führende Schiffs- und Wirtschaftsleute an Mitarbeiter Quislings mit der Frage gewandt haben, wie sie sich in der gegenwärtigen Lage verhalten sollten. Die Tatsache, daß einer Anzahl von bessergestellten Persönlichkeiten in den letzten Tagen schriftliche anonyme Warnungen zugegangen sind, in denen ihnen mitgeteilt wird, daß sie als Geiseln für Sabotagehandlungen vorgesehen seien und ihnen angeraten wird, in Deckung zu gehen, hat die bestehende Nervosität noch erhöht.

Beobachtungen aus den letzten Tagen, die durch Meldungen aus verschiedenen Teilen des Landes bestätigt werden, erwecken den Anschein, daß sich gegenüber der weniger einheitlichen ersten Reaktion auf die Ermordung Marthinsens und die Erschießungen mehr und mehr die Auffassung durchsetzt, daß es sich um "Geiselnorde" an Personen handle, die in letzter Stunde vor der Befreiung sterben mußten. Die gegnerische Propaganda gewinnt in dieser Frage anscheinend umso leichter Boden, als sich die von ihr ausgegebene Parole in die politische Vorstellungswelt des deutschfeindlich eingestellten

1941/539

- 5 -

eingestellten Teiles des norwegischen Volkes ohne Schwierigkeiten einordnen läßt.

Das unmittelbare Interesse an der militärischen Entwicklung war infolge der Ermordung Marthinsens und der Todesurteile zunächst etwas in den Hintergrund getreten und hat sich erst in den allerletzten Tagen wieder stärker belebt. Die Auffassungen über die Kriegsentwicklung haben sich während der Berichtszeit kaum geändert. Bis auf geringe Ausnahmen ist die Masse des norwegischen Volkes weiter davon überzeugt, daß das Kriegsende unmittelbar bevorstehe und in der Hauptsache durch die Sowjets bestimmt werden wird. Seitdem der bolschewistische Vornarsch infolge des harten deutschen Widerstandes z.T. verlangsamt, z.T. abgestoppt wurde, ist in breiten anglophilen Jössingerkreisen die Hoffnung wieder im Wachsen, daß die westlichen Alliierten nach zu erwartenden Erfolgen ihrer Offensivanstrengungen doch noch zu stärkerem Einfluß auf die Gestaltung des Friedens gelangen werden.

Wie stark die Überzeugung von angeblich unmittelbar bevorstehenden Kriegsende ist, zeigt sich darin, daß sie für die verschiedensten Fragestellungen und Stellungnahmen als selbstverständliche Voraussetzung angenommen wird. So liegt diese Überzeugung ebenso der Auffassung zu Grunde, daß sich Sabotage- und Terrorakte jetzt nicht mehr lohnen, wie sie Ausgangspunkt der Frage ist, warum das deutsche Volk den nun einmal verlorenen Krieg nicht endlich aufgeben und sich damit weitere Verluste ersparen. Ja, selbst die Bombardierung deutscher Städte, so zuletzt vor allen Weimar und Dresden, ruft aus diesen Grunde in letzter Zeit nicht mehr die gleiche schadenfrohe Genugtuung hervor, wie dies vor Beginn der bolschewistischen Großoffensive der Fall war, sondern läßt selbst entschieden deutschfeindlich eingestellte Personen die Frage stellen, ob denn "so etwas Furchtbares unmittelbar vor Kriegsende noch nötig" sei.

Tagung der Führerschaft von Nasjonal Samling

In der Zeit vom 17. bis 19.2. fand in Oslo eine Führertagung der NS statt, an der sämtliche Minister, Reichs- und Landesleiter sowie Fylkesfører teilnahmen. Nach den bisher erfaßten Stimmen hinterließ die in Rahmen dieses Treffens von Reichskommissar Terboven gehaltene Rede bei den Tagungsteilnehmern einen außerordentlich starken Eindruck. In seinen Ausführungen ging der Reichskommissar u.a. auf die Norwegen betreffenden staatsrechtlichen Fragen ein unter den Hinweis auf die Notwendigkeit, die Diskussionen darüber einzustellen, die ohne eigentlichen Grund in weite Kreise der Partei hineingetragen worden seien. Weiterhin wies der Reichskommissar auf die vorrangigsten Erfordernisse der Kriegführung hin. Konkrete Stellungnahmen zur Rede des Reichskommissars lagen bei der Abfassung dieses Berichtes noch nicht vor.

Nach zahlreichen Einzelreferaten über die verschiedensten Arbeitsgebiete sprach am Schluß der Tagung Ministerpräsident Quisling, der u.a. die Souveränitätsforderung Norwegens als zu Recht bestehend bezeichnete, jedoch erklärte, daß ihre Lösung einer späteren Zeit vorbehalten bleiben müsse.

Bemerkenswert war ein während der Tagung gehaltenes Referat des Gesandten Stören, der die Souveränitätsfrage behandelte. Seine unklaren, z.T. abrupten Ausführungen hinterließen bei den Teilnehmern einen wenig günstigen Eindruck.

Gegnerische Tätigkeit.

In der Nacht vom 8. zum 9.2.45 verschwanden aus verschiedenen Häfen des Oslo-Fjords 11 norwegische Schlepper. Desgleichen kehrte der am 8.2. von Moss ausgelaufene Bergungsdampfer "Urad" nicht zurück. Die Besatzungen der genannten Schiffe wurden zur Fahrt nach Schweden gezwungen.

In der Nähe des im Hafen von Skien liegenden Motorschiffes "Tangar" (3000 BRT) erfolgte am 9.2. eine Explosion, die keinen Schaden verursachte.

Vermutlich aus Schweden kommende Saboteure sprengten bei Mo (Bereich Drontheim) eine 25 m-lange Holzbrücke der Reichsstraße 50. Der Schaden war gering.

An der Eisenbahnstrecke Faaberg-Hunder angebrachte Sprengkörper engl. Ursprungs konnten rechtzeitig entfernt werden.

Durch Sprengstoffanschläge wurden in Oslo die Autoreparaturwerkstatt Kolberg-Caspary und die Reparaturwerkstätte am Bahnhof Lysaker zerstört. In beiden Fällen gingen außerdem mehrere Kraftwagen verloren.

Aus dem Kommunehaus in Fana bei Bergen wurden von 4 Männern, die sich als Beamte der norwegischen Staatspolizei ausgaben, sämtliche Volksregister und einige Lebensmittelkarten entwendet.

Acht bewaffnete Männer drangen in das Bekleidungslager des Arbeitsdienstes in Tönsberg, beluden ^{ein} 3 LKW mit Kleidungsstücken und fuhren davon.

Aus 2 AT-Lagern in Oslo raubten 7 bewaffnete Banditen eine größere Menge von Lebensmitteln.

In die Wohnung einer Familie in Eidanger-Haavet (Telemark) drang ein bewaffneter und maskierter Mann ein, forderte "im Auftrage der Heimatfront

1941/542

- 8 -

Heimatfront" das vorhandene Bargeld (2.200.-- Kr.) und konnte unerkant entkommen.

Aus dem Versorgungsamt Nötterøy (Bereich Larvik) wurden 25 amtliche Stempel, aus dem Lensmannskontor am gleichen Ort 2 Schreibmaschinen und eine Rechenmaschine gestohlen.

Versuche von Sprengstoffanschlägen wurden gegen einen Instandsetzungspark der Wehrmacht in Oslo und gegen eine Reparaturwerkstatt in Sandvika unternommen, konnten jedoch in beiden Fällen vereitelt werden.

Der Norweger Alf F l e s l a n d, Mitarbeiter der Deutschen Sicherheitspolizei, wurde am 12.2. in der Nähe des Stortings in Oslo von unbekanntem Tätern erschossen.

Ein Angehöriger der Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD. in Oslo wurde bei einer Festnahme durch Bauch- und Kopfschuß schwer verletzt. Bei dem Versuch, einen Gewaltverbrecher festzunehmen, wurde ein Beamter der Osloer Kriminalpolizei durch einen Schuß in den Magen schwer verletzt.

Auf dem Bahndamm zwischen Spikkestad und Reistad (Bereich Drammen) wurden Leichenteile des norwegischen Polizeibeamten Rasmus L u n d e aus Oslo gefunden. Vermutlich liegt ein Verbrechen vor.

1941/543

78

Nasjonal Samling

Erörterungen über die im Fall einer Kapitulation Deutschlands entstehende Lage in Norwegen und die im Zusammenhang damit aufgeworfene Frage, wie sich die NS in solcher Situation zu verhalten hätte, werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Beurteilung der Lage von Seiten führender NS-Mitglieder, die sich während einer Anfang Februar im Schloß stattgefundenen Besprechung ernsthaft mit diesen Problemen befaßten. Der Meinung, "die NS müsse den Kampf bis zum bitteren Ende führen", stand die Ansicht der meisten Diskussionssteilnehmer, "die NS hätte in solcher Lage nur die Waffen zu strecken", gegenüber. Geteilt waren auch die Auffassungen über die Frage des Verhaltens der NS im Falle einer Invasion in Norwegen, ob man die Deutschen unterstützen oder sich passiv verhalten solle.

Während sich ganz allgemein innerhalb der NS die ernste Besorgnis hinsichtlich der militärischen Lage noch vertiefte und ein Teil der NS-Mitglieder die Herbeiführung einer Wende von einem Wunder abhängig macht, rückte der Mord an Generalmajor und Hirdchef Marthinsen die innerpolitische Entwicklung und die damit verbundene Lage der NS in den Blickpunkt des Interesses aller NS-Mitglieder. Der Mord an General Marthinsen wurde als schwerer Schlag gegen die NS empfunden und löste bei den Mitgliedern vorwiegend in Oslo eine starke Reaktion aus, die Bestürzung und ernste Befürchtungen in Bezug auf weitere Mordanschläge gegen führende Persönlichkeiten in der NS verriet. Die am 9. und 10.2. gefällten Todesurteile kamen der aus der NS immer dringender erhobenen Forderung nach Vergeltungsmaßnahmen entgegen, wenn auch die Aktivisten diese Maßnahmen als nicht ausreichend bezeichneten und ihre Forderung nach Gegenterror aufrechterhielten; andererseits ließen NS-Mitglieder eine gewisse Ängstlichkeit erkennen, die deutschen und norwegischen Gegenmaßnahmen würden

spätestens

1941/544

spätstens bei der zu erwartenden baldigen deutschen Niederlage auf die NS-Leute selbst zurückfallen. Eine eindeutig entschlossene Haltung nahmen die Angehörigen der Kampfformationen wie Germanische SS und Hird ein. Daß innerhalb des Hird der Ernst der Stunde in vollem Umfange erkannt wurde, zeigt das Ergebnis der im Zusammenhang mit der Ermordung Marthinsens erfolgten Einberufung der Alarmeinheiten.

In vier Standorten Südnorwegens leisteten rund 900 Hirdmänner (90%) der Einberufung Folge. Die Hirdmänner wurden der norwegischen Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei zur Durchführung ihrer Aufgaben zugeteilt. Es ist beabsichtigt, einen Teil der Angehörigen der Hird-Alarmeinheiten für einen dreimonatigen Polizeidienst zu verpflichten. Die Hirdmänner waren z.T. enttäuscht darüber, daß sie nicht zur Durchführung einer erwarteten Großaktion im Raum Oslo eingezogen wurden. In ihrer Verärgerung darüber machten sie teilweise die Deutschen für das Ausbleiben einer Großaktion verantwortlich.

In Hirdkreisen wird der Verlust Marthinsens schmerzlich empfunden, umsomehr als die bisherige Personal-Union des Leiters der norwegischen Sicherheitspolizei und des Hird-Chefs als die ideale Lösung im Hinblick auf die machtpolitische Bedeutung dieser Verbindung galt. Die Nachfolgerfrage bezüglich des Hird-Chef-Postens trat in den letzten Tagen in den Vordergrund. Nach vorliegenden Meldungen aus allen Teilen des Landes treffen die meisten Hirdführer und -männer die Feststellung, daß eine geeignete unabhängige Persönlichkeit von dem erforderlichen Format nicht vorhanden und daher zu wünschen sei, daß Quisling den Posten des Hird-Chefs unbesetzt lasse und selbst beibehalten möge. Jüngere Hirdmänner und Frontkämpfer geben Fordelingschef Thronsen als evtl. Nachfolger Marthinsen den Vorzug gegenüber Saether, ohne diesen jedoch völlig abzulehnen. Verschiedentlich wurde Fylkesfører Rogstad als die gegebene Führerpersönlichkeit für

für den Hirdchef-Posten in Vorschlag gebracht.

In Oslo befassen sich die Diskussionen ausschließlich mit der Person Thronsens und Saethers; letzterer entfaltet seit dem Tode Marthinsens eine lebhafte Tätigkeit, die sich in erster Linie auf Personal-Umsetzungen innerhalb des Hird erstreckt. Anstelle des bisherigen Chefs der 3. Fordeling (Groß-Oslo), Oberst Sövik, trat der bisherige Organisationsleiter Saethers, Lislegaard. Wie nachträglich in Erfahrung gebracht wurde, soll sich das Verhältnis zwischen Marthinsen und Saether in letzter Zeit zugespitzt haben, nachdem Saether als Chef des neu zu errichtenden Zivilen Verteidigungs-Departements abgelehnt worden sei. In seiner Eigenschaft als Stabsleiter von Quisling mit weiteren Vollmachten versehen, lasse S. sich zu einer eigenwilligen Personalpolitik hinreißen, die auf eine Entfernung aller ihm unliebsamen Führer hinziele. Osloer Berichten zufolge soll auch der alte Gegensatz zwischen Saether und Thronsen wieder aufgelebt sein.

Gesamtstärke und Aufteilung des Hird

Die Gesamtstärke des Hird beträgt z.Zt. etwa 8 500 Mann, die sich in 3 700 Beurlaubte (Polizei und sonstiger Staatsdienst, norwegischer Arbeitsdienst, Frontdienst usw.) und 4 800 Aktive aufteilt. Davon stehen bereits 2 000 Männer in den Alarmeinheiten.

Von 700 bei der HBV ausgebildeten Hird-Männern sind 550 zum Teil seit längerer Zeit im Werkschutz eingesetzt, sodaß die Ablösung im Wege der Ausbildung weiterer HBV-Männer für die nächsten Monate notwendig wird.

Die

Die Ablehnung des Dienstes in der HBV hält unvermindert an. Einen Bericht aus Larvik zufolge haben sich die z.T. durchgeführten Zwangseinberufungen nicht nur stimmungsmäßig negativ ausgewirkt, sondern verschiedentlich sogar Fluchtfälle zur Folge gehabt. Hird-Männer brachten in ihren Argumenten zum Ausdruck, daß der Unwille gegenüber dem Dienst in der HBV durch unsinnige Einberufungen besonders in den Fällen hervorgerufen werde, in denen der Einberufene als Bauer oder Geschäftsmann zu Hause wirklich unentbehrlich sei. Auch auf die körperliche Verfassung der Männer sei oft keine Rücksicht genommen worden. Das Vorgehen der Hird-Führung habe sich für diese zum eigenen Nachteil ausgewirkt. Auch im Bereich Drontheim mehrten sich im Januar 68 Klagen über ungerechtfertigte Einberufungen zum Hird-Betriebschutz. Die Einberufenen bezeichnen die für ein Jahr ausgesprochene Verpflichtung als eine untragbare Härte, die vom Gegner mit sichtbarer Schadenfreude erkannt würde. Wenn z.B. der Hof des Bauern Grande in Geiranger durch die Einberufung des Inhabers in Ermanglung sonstiger Arbeitskräfte stillgelegt werde und Frau und Kind sich selbst überlassen blieben, oder ein großer Waldbesitzer, der nach 7 Monaten Dienst in der Waffen-SS wegen Krankheit entlassen und nun zur HBV einberufen worden sei, so habe dies mit einer verständnisvollen Auslegung der Befehle Quislings nichts mehr zu tun. Diesen Klagen gegenüber stellte die Hird-Führung in Drontheim die Vordringlichkeit der Sabotageabwehr durch die HBV in den Vordergrund und wies darauf hin, daß die Einberufung in den meisten Fällen wirtschaftliche Nachteile nicht mit sich bringe und die Einberufungen erst nach Stellungnahme des Fylkesförrers ausgesprochen würden. Der Hauptgrund, sich dem Dienst in der HBV zu entziehen, sei in den meisten Fällen die Scheu vor der Trennung von der Familie. Allerdings sei es notwendig, so wird aus Drontheim weiter berichtet, den Dienst in der HBV durch entsprechende Aufklärung populär zu machen und
nicht

1941/547

nicht, wie es vorgekommen sei, bei irgendwelchen Auseinandersetzungen mit dem Fylkesfører den NS- und Hirdmännern mit der Einberufung zur HBV als Strafe zu drohen.

Wie aus Bergen berichtet wird, wird von einzelnen Hirdführern die ihnen mit Einführen der Hird-Pflicht in die Hand gegebene Macht nicht immer mit der notwendigen Umsicht gebraucht. Zwangsausschreibungen zur Førergarde, zur HBV usw. seien eine Quelle steter Verärgerung innderhalb der NS. Betroffen seien davon in erster Linie solche Männer, die seit Jahren ihren Dienst verrichteten, während andere, die lediglich ihren Beitrag bezahlten und den Hirdführern völlig aus den Augen gekommen seien, von den Zwangseinberufungen nicht erfaßt würden. Einfache Hirdmänner wiesen immer wieder auf die willkürliche Handhabung der Hird-Pflicht hin und führten den Beweis, daß immer nur der kleine Mann herangezogen würde, während sich Geschäftsinhaber mit Leichtigkeit monatelang beurlauben ließen und nicht einmal für einen Sonntagsdienst zur Waffenausbildung in den Hird-Einheiten herangezolt würden (Bergen und Drontheim). Meldungen aus der Provinz zufolge versuchen Hird-Angehörige, den Einberufungen der HBV durch ihren Eintritt in die Germanische SS zu entgehen.

Der bereits im Situations-Bericht vom 8.11.44 geschilderte Fall des NS-Readmannes Andersen, Stavanger, der als ehemaliger norwegischer Offizier den Dienst in den HBV mit der Begründung verweigerte, daß er sich auf Grund seines Königseides in Falle der Rückkehr des Königs diesen zur Verfügung stellen würde, ist hinsichtlich seiner weiteren Behandlung aufschlußreich. Nach der Festnahme des Andersen beabsichtigte Minister Riisnaes, Andersen sofort wegen Hochverrats durch das norwegische Sondergericht aburteilen zu lassen. Ein Verfahren gegen den Dienstverweigerer

weigerter wurde jedoch bis heute nicht eingeleitet. In NS-Kreisen in Stavanger ist man über die Verschleppungstendenz bei der Behandlung des Falles A. empört und erwartet man, daß dieser Fall zum Anlaß genommen wird, um von Seiten der Parteiführung eine unmißverständliche Erklärung abzugeben und mit der Auffassung aufzuräumen, daß ehemalige Offiziere bzw. Beamte, die dem Hird angehören, im Fall einer Rückkehr des Königs von dem auf Quisling abgelegten Eid entbunden seien.

In Besprechungen des Fylkesstabes in Bergen verwahrte man sich dagegen, daß Vertrauensmänner der Partei ohne Benachrichtigung der Fylkesführung zur Förergarde oder HBV kommandiert und durch Beamte der norwegischen Staatspolizei in Marsch gesetzt wurden. Dieses Vorgehen der Hird-Führung wurde als Eingriff in die Arbeit der Partei gewertet und führte zu Spannungen.

Fluchtfälle von HBV-Angehörigen in Saudasjøen, die sich auf Ende November und Januar verteilen, dürften ihre Gründe in zu starker dienstlicher Einspannung haben. Ausfälle an Wachmannschaften durch Krankheiten und vorangegangene Fluchtfälle machten es notwendig, die Hirdmänner mit 12 - 14 Stunden Wachdienst zu belasten, wobei auch das Schreibstuben- und Küchenpersonal eingeteilt wurde. Hinzu kam, daß teilweise bereits 7 Monate in Dienst stehenden Hird-Männern durch die Ausfälle kein Urlaub gewährt werden konnte.

Norwegischer Arbeitsdienst.

In den letzten Monaten mehrten sich die Überfälle auf Ausrüstungs- und Verpflegungslager des norwegischen Arbeitsdienstes. In der Zeit vom 10.10.44 bis 15.2.45 waren folgende Überfälle zu verzeichnen:

- 1) Am 10.10.1944, 19³⁰ Uhr, Überfall auf das Bekleidungsdepot des Vestfold Arbeits-Fylking bei S a r p s b o r g. Nach erfolgter Fesselung von 2 Wachtposten wurden komplette Winterausrüstungen für 50 Mann, Schi- und AT-Ausrüstungen geraubt und mit LKW abtransportiert.
- 2) Am 20.10., vormittags 11.00 Uhr, Überfall bewaffneter Banditen auf einen mit Uniformstücken und Verpflegung beladenen LKW des AT zwischen Lunde und Holla bei S k i e n. Den Transport begleitender Lagförer des AT durch Schüsse getötet, LKW mit Ladung entführt.
- 3) Am 21.11.44 Überfall von 15 bewaffneten Zivilisten auf das AT-Lager T j ö l l i n g, dessen Belegschaft von 20 Mann mit Maschinenpistolen in Schach gehalten wurde. Raub von 140 Uniformen, 100 Wolldecken, einer Menge von Unterwäsche, Arbeitszeug, Pullover, Lederstiefel, Gamaschen usw. Abtransport mit LKW.
- 4) Am 9.12.44 Überfall auf AT-Lager bei L i l l e s t r ö m. Fylkes-Stab und Bekleidungslager befanden sich in einem Hause. Die Banditen raubten größere Mengen Bekleidungsstücke, die mit einem LKW abtransportiert wurden.
- 5) Am 2.1.45 Überfall auf AT-Lager B j e r k r e i m (Bereich Stavanger). Fesselung von 4 als Lagerwache eingesetzten AT-Führern, Raub von Lebensmitteln und Inbrandsetzung des aus 7 Baracken bestehenden Lagers mit Uniformen, Wäsche, Arbeits-

Arbeitsgeräten usw. (Lager war seit Oktober 1944 nicht mehr belegt).

6) Am 6.2.45, 7 Uhr morgens, Raubüberfall auf Bekleidungsdepot des AT-Lagers T ö n s b o r g. Große Mengen Bekleidungs- und Ausrüstungs-Gegenstände auf mitgebrachten LKWs abtransportiert. Das unbelegte Lager war von einem 60-jährigen Wachmann beaufsichtigt, der zum Schutz gegen Anzeige von den Banditen entführt wurde.

7) Am 12.2.45 um 10.30 Uhr Überfall auf die öffentliche AT-Verkaufsstelle Skippergate 22 in Oslo durch 7 z.T. bewaffnete Banditen, die Verkäufer und Käufer in einen entlegenen Raum drängten und die Arbeiter zwangen, beim Abtransport der gestohlenen großen Mengen Lebensmittel behilflich zu sein, die mit einem 2 to-LKW durch einen AT-Angehörigen abgeführt wurden, den man hierzu hütigte.

8) Etwa um die gleiche Zeit erfolgte ein Überfall auf das AT-Magazin Tolbudgate 9, Oslo, wo ebenfalls Lebensmittel geraubt wurden. Nachforschungen norwegischer Kriminalpolizei blieben ohne Erfolg. Im Zuge der Festnahme von Mil.-Org.-Angehörigen gelang der deutschen Sicherheitspolizei Aufdeckung des Lagers, das zum größten Teil an dem AT zurückgegeben werden konnte.

Die Art der Durchführung und insbesondere das Verhalten von AT-Angehörigen während der Überfälle sowie das Vorhandensein unzuverlässigen Elemente im norwegischen Arbeitsdienst lassen den Verdacht begründet erscheinen, daß den Banditen aus dem AT selbst heraus Unterstützung zuteil wird, die die Durchführung solcher Überfälle fast risikolos machen dürfte. Festzustellen bleibt jedoch die Tatsache, daß, entgegen der gestellten Forderung, eine zugriffssichere Unterbringung der AT-Lagerbestände in vollem Umfange nicht durchgeführt wurde.

1941/551

Schule

Im Juli 1944 mußten zwei an der Cathedral-Schule in Kristiansand tätige Lektoren wegen illegaler Betätigung festgenommen werden. Inzwischen wurden weitere 14 Festnahmen von dem 44 Lehrer umfassenden Lehrkörper der Schule notwendig, da von den meisten bereitwilligst illegale Schriften und Parolen der Heimatfront entgegengenommen und weiterverbreitet wurden. Von den 8 Lehrerinnen ist bekannt, daß sie ebenfalls illegale Schriften der Heimatfront erhalten haben; von einer Festnahme der Lehrerinnen wurde bisher abgesehen. Ein geordneter Schulbetrieb war unter diesen Verhältnissen nicht mehr möglich und wurde daher die Cathedral-Schule von dem Rektor bis auf weiteres geschlossen.

Da die Schüler der vier Abgangsklassen im kommenden Sommer ihr Abitur ablegen müssen, machte der Rektor den Versuch, den Unterricht für diese Klassen fortzusetzen. Die Frage an zehn Lehrkräfte der Schule, ob sie den Unterricht weiterführen würden, wurde von diesen mit Stillschweigen übergangen, sodaß der Versuch als gescheitert angesehen werden mußte.

Nach Schließung der Schule traten einige Schüler des Christlichen Studenten- und Gymnasiastenlag an den Direktor heran und baten um Überlassung eines Schulzimmers, um dort eine kirchliche Andacht abhalten zu können. Dies wurde von dem Rektor als politische Demonstration für die festgenommenen Lehrer angesehen und die Erlaubnis verweigert.

Die im Situationsbericht Nr. 87 über den politischen Widerstand an Handelsschulen gemachten Ausführungen werden durch einen Bericht aus Larvik ergänzt, in welchem mitgeteilt wird, daß die Heimatfront an die Schüler der dortigen Handelsschulen die

Aufforderung

1941/552

Aufforderung richtete, aus denselben Motiven, wie sie die Heimatfront bei den Handelsschulen in Kristiansand benutzt hatte, in den Schulstreik zu treten.

Diese Aufforderung wurde von den Schülern der Handelsschulen in Horten, Tønsberg, Sandfjord und Larvik befolgt.

Nach der Auffassung des Direktors der Handelsschule in Larvik sind die Lehrer und Schüler, vor allem die Eltern der Schüler, nicht mit diesem Vorgehen der Heimatfront einverstanden, nach seiner Meinung wird es aber niemand wagen, sich der Aufforderung der Heimatfront zu widersetzen.

1941/553

Film

In Drontheim hat das vergangene Jahr dem deutschen Film einen beachtlichen Erfolg gebracht. Die Filme

"Immensee"	mit 41 266 Besuchern
"Titanic"	mit 40 627 Besuchern und
"Der weiße Traum"	mit 35 563 Besuchern

liegen mit dieser Zahl weitaus an der Spitze vor allen schwedischen, dänischen und norwegischen Filmen. Die bestbesuchten schwedischen und dänischen Filme wiesen nur eine Zahl von etwas über 20 000 Besuchern je Film auf.

Boykottbewegungen gegen deutsche Filme waren nicht festzustellen, ebenso traten Schwierigkeiten in der Filmversorgung nicht auf.

1941/554

Schwedische Norwegenhilfe

Die schwedische Norwegenhilfe erhöht ihre Lieferungen nach Norwegen ständig und in ganz erheblichem Maße. Die monatliche Lebensmittelquote beträgt zur Zeit 500 t und wird ab März auf 676 t erhöht. Geplant ist eine weitere Erhöhung bis zu 1 000 t. Hinzu kommen Sonderlieferungen, die für die Versorgung Norwegens ebenfalls bedeutend sind, nämlich:

- a) sofort lieferbar:
 - 1 000 t Fett
 - 2 000 t Weizenmehl
 - 1 000 t Zucker
- b) in naher Zukunft lieferbar:
 - 2 000 t argentinisches hochwertiges Fett
 - 5 000 t Ölkuchen

Die Ölkuchensendung dient in sehr wesentlichem Maße der Milchproduktion. Die Sonderlieferungen an Lebensmitteln werden unter besonderer Berücksichtigung der städtischen Bevölkerung, der Fischereibebevölkerung und der Bevölkerung Nordnorwegens durch das Versorgungsdepartement verteilt und zwar teils im Rahmen der Rationierungskarten, teils als zusätzliche Ration.

Norwegisches Rotes Kreuz

Für die Firma "Norsk Brenselimport AS Oslo" lagerten in Schweden 41 800 t Kohle. Die schwedische Regierung gab jedoch nicht die Genehmigung für den Weitertransport dieser aus Deutschland stammenden Kohlenmengen nach Norwegen. Die Firma "Norsk Brenselimport" stellte daraufhin im Dezember 44 die Kohlen dem norwegischen Roten Kreuz zur Verfügung. Man hoffte, auf diese Weise die schwedische Regierung bewegen zu können, die Exportgenehmigung zu erteilen. Die schwedische Regierung ist jedoch dazu bisher nicht

1941/555

1941/555

nicht bereit gewesen. Sie steht unter dem Druck der Alliierten und möchte zudem erreichen, daß die Kohlen der schwedischen Wirtschaft zugute kommen. Dem norwegischen Roten Kreuz ist zwar von der Firma "Norsk Brenselimport" anheimgestellt worden, die Kohlen in Schweden zu verkaufen und den Erlös zur Unterstützung der norwegischen Zivilbevölkerung zu verwenden.

Der Präsident des norwegischen Roten Kreuzes hat jedoch diese Möglichkeit bisher zurückgestellt und ist weiterhin bemüht, mit dem Hinweis auf den Kohlenmangel der Zivilbevölkerung die Exportgenehmigung von den zuständigen schwedischen Behörden ~~noch~~ doch noch zu erhalten.

[Faint, mostly illegible text, possibly bleed-through from the reverse side of the page. Some words like "Kohlen", "Export", "Genehmigung" are faintly visible.]

[Faint, mostly illegible text, possibly bleed-through from the reverse side of the page.]

- 22 -
1941/556WirtschaftErnährung und Landwirtschaft

Sicherstellung der Versorgung und Ernährung der norwegischen Bevölkerung - Neuregelung der Verbrauchersätze - notwendige Überprüfung der Zusatzkartenausgabe - Entzug der Lebensmittelkarten bei Arbeitsscheuen

Die Entwicklung der militärischen Lage und die dadurch notwendiggewordene Neuregelung der Normalverbrauchersätze im Reich hat die verantwortlichen Dienststellen veranlaßt, die Frage der Herabsetzung der Rationen auch für Norwegen zu erörtern. Um die weitere Versorgung und Ernährung der norwegischen Bevölkerung sicherzustellen, soll die Kürzung der Rationen nach der gleichen Prozentzahl (11,11%) durchgeführt werden, die im Reich zu Grunde gelegt wurde.

Bei den mit den norwegischen Stellen in dieser Angelegenheit geführten Verhandlungen war festzustellen, daß man sich auf norwegischer Seite den grundsätzlichen Notwendigkeiten zwar nicht verschließen konnte, im Einzelnen aber eine Besserstellung durchzudrücken versuchte. Einer angesetzten wichtigen Besprechung, in der sowohl die Frage des Entzuges der Lebensmittelkarten bei Arbeitsscheuen, als auch die Ernährungslage besprochen werden sollte, blieb Min. Whist fern. Bei einer späteren Besprechung erhob er Ansprüche und Forderungen für eine prozentual günstigere Versorgung mit Brot und Fett für Norwegen mit dem Hinweis auf gewisse norwegische Lieferungen, die zu derartigen Gegenforderungen keinesfalls berechtigten.

Auf dem Gebiet der Fettversorgung hofft man im übrigen durch eine Bacon-Lieferung (durchwachsener Speck mit ca. 40% Fettgehalt) aus Dänemark die augenblickliche Fettmenge aufrecht
erhalten

erhalten zu können. Begründet durch die verschärfte Ernährungslage einerseits und infolge des Wegfalls vieler Bezugsberechtigungen durch die Stilllegung von Betrieben wird es nunmehr für unbedingt notwendig erachtet, das gesamte System der Gewährung von Zusatzkarten zu überprüfen. Nach den vorliegenden Meldungen wurde die Gewährung und Ausgabe der Zusatzkarten bisher sehr großzügig durchgeführt. Die Zahl der unberechtigten Empfänger wird als beträchtlich hoch bezeichnet. Begründet wurde dieser Zustand damit, daß die Mehrzahl der Versorgungsämter nicht über Kontroll-Personal verfügte. Die wenigen eingesetzten Kontroll-Beamten seien stark überlastet, sodaß eine regelmäßige Überprüfung der gestellten Anträge auf Zusatzkarten unterbleibe.

Angehörige von Betrieben, die für deutsche Auftraggeber arbeiten, und norwegische Firmen erhielten für Schwerarbeiter nach Bestätigung des Arbeitgebers Zusatzkarten für Brot und Mehl und damit z.T. auch für Tabak und Branntwein. Die Bestätigungen durch die Arbeitgeber wurden großzügig erteilt, wodurch erhebliche Kontingente an Unberechtigte verausgabt wurden. Die Erteilung der Zusatzkarten erfolgte auf Grund einer Berufsliste des Næringsdepartements vom 15.5.44, das eine große Anzahl von Berufen zum Bezug von Zusatzkarten freigab. Diese Berufsliste ist z.Zt. die einzige Unterlage, auf der die Genehmigung zur Erteilung basiert.

Auf Grund dieser Tatsache und infolge ungenügender Kontrolle wurde mit der Ausgabe von Zusatzkarten z.T. erheblicher Mißbrauch getrieben.

Besonders widersinnig war bisher die Ausgabe von Zusatzkarten an die im Holzeinschlag tätigen Arbeitskräfte. Die Erteilung von Zusatzkarten erfolgte nach Vorlage des Holzeinschlagbuches. Bestimmungsgemäß sollten die Karten erst bei einem Mindestholzeinschlag von 13 fm ausgegeben werden. Auch hier konnte fest-
gestellt

gestellt werden, daß die Genehmigung ohne weitere Überprüfung der Leistung, ja in der Regel bereits vor Beginn der Arbeitsaufnahme auf Vorlage des Holzeinschlagsbuches hin erfolgte. Eine günstige Auswirkung auf die Arbeitsleistung war demnach natürlich nicht zu verzeichnen. Es ergab sich der Tatbestand, daß (insgesamt gesehen) Zusatzkarten in drei- bis vierfacher Höhe der wirklich geleisteten Arbeit zur Ausgabe gelangten.

Die Gesamtmenge der z.Zt. ausgegebenen Zusatzkarten beträgt durchschnittlich 2,4 Mill. (Schwer- und Langarbeiter erhalten je nach Einstufung 1 bis 4 dieser Zusatzkarten). Schätzungsweise wurden von dieser Anzahl höchstens 1,3 Mill. Zusatzkarten zu recht ausgegeben.

In diesem Zusammenhang wird weiter darauf hingewiesen, daß die Ausgabe von Schuh- und Textilbezugscheinen gleichfalls überprüfungsbedürftig ist. Da durch die infolge der Rohstofflage veränderten Beschäftigungsverhältnisse in der Industrie ab sofort bei einer großen Anzahl der bisherigen Zusatzkarten-Empfänger auch in dieser Hinsicht neue Verhältnisse maßgebend werden, wird in Anbetracht der Lage auf die Notwendigkeit eines schnellen Reagierens der Versorgungsbehörden und überhaupt eine Neuregelung des Systems der Zusatzkarten-Gewährung für zweckmäßig gehalten. Die Anlegung eines strengeren Maßstabes würde die Freimachung wesentlicher Kontingente für die Gesamtversorgung gewährleisten.

Es liegen bereits Meldungen vor, daß z.B. geschlossene Hotels und aufgelegte Schiffe ihre frühere volle Nahrungsmittelzuteilung weiterhin erhielten. Dies beleuchtet, so ist in den dazu vorliegenden Meldungen ausgeführt, die mangelhafte Aufsicht der Versorgungsbehörden und die unbedingte Notwendigkeit eines Einschreitens im vorerwähnten Sinne.

Zur

1941/559

86

Zur weiteren Sicherstellung der Versorgung erscheint auch eine schärfere Verfolgung bei Feststellung von Fehlbeständen bei Lebensmittellagern zweckmäßig. Lebensmittelhändler, bei denen bisher bei den Abrechnungen der Rationierungsquoten Fehlmengen zu verzeichnen waren, wurden von den Versorgungsämtern nur selten angezeigt. Wenn solche Anzeigen jedoch erfolgten, wurden sie bewußt von Gegnern in diesen Ämtern verschleppt. Aus Drontheim wurden zwei solcher Fälle berichtet, weitere aus Stavanger. In Bergen wurden bei der Dezemberabrechnung bei 38 Händlern Fehlmengen festgestellt. Das Versorgungsamt Bergen hat daraufhin beim Wirtschaftsdepartement um Genehmigung nachgesucht, die Warenzuteilung an diese Geschäfte zu sperren. Der Antrag wurde damit begründet, daß die bisherige Behandlung der Verfehlungen zu mild und damit fruchtlos gewesen seien. Das Wirtschaftsdepartement entschied jedoch, daß auch weiterhin nur die Rationierungspolizei einzuschalten sei. Exemplarische Strafen werden für dringend erforderlich gehalten, da solche Mißstände über Hand nehmen.

Um auf diejenigen Elemente erzieherisch einzuwirken, die mit Boharrlichkeit sich jedem Arbeitseinsatz entziehen, wurde seitens der zuständigen Dienststellen erwogen, für diese von der nächsten Zuteilungsperiode (19.3.45) ab die Ausgabe von Lebens- und Genußmittellkarten zu sperren bzw. späterhin durch die Versorgungskontore oder die Polizei einziehen zu lassen. Für diese Maßnahme kommen für Oslo ca. 1 000 Personen in Betracht. Die Versorgung der Familien der Betroffenen soll jedoch nicht beeinträchtigt werden. Mit dem Anlaufen dieser Maßnahme ist in Kürze zu rechnen.

IndustrieGründung eines norwegischen Produktionsrates unter Vorsitz von Minister Whist

Der von Minister Whist seit einiger Zeit geplante "Produktionsrat" wurde nunmehr berufen. Eine Veröffentlichung soll in den nächsten Tagen in der Presse erfolgen. Am 17.2.45 findet die erste Sitzung statt, an der u.a. alle Fylkesmänner teilnehmen. In den einzelnen Fylken soll ebenfalls ein Produktionsrat berufen werden. Den Vorsitz übernimmt der Fylkesmann, die Mitglieder üben eine beratende Funktion aus, entsprechend der beim Produktionsrat des Naeringsdepartements getroffenen Ordnung.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß dem Produktionsrat des Naeringsdepartements außer Whist keine Minister angehören. Whist soll geäußert haben, daß er nur solche Personen beruft, die er persönlich ausgewählt habe und die sein Vertrauen besäßen. Anstelle der einzelnen Minister gehören z.B. vom Sozialdepartement Bevollmächtigter Astrup, vom Verkehrsdepartement Verkehrsrat L'Orange und vom Landwirtschaftsdepartement Holzdirektor Wiesth dem Produktionsrat an. Weitere Mitglieder sind u.a. auch der Generaldirektor der Norwegischen Staatsbahnen, Vik, und der Leiter des Gasgeneratorstyret, Schöyen. Bis auf zwei (Holzdirektor Wiesth und Generaldirektor Vik - letzterer wird allerdings als politisch zuverlässig beurteilt, zumal sein Sohn Frontkämpfer ist) gehören alle Mitglieder des Produktionsrates der NS an.

Aufgabe des Produktionsrates ist die Bearbeitung aller lebenswichtigen, kriegsbedingten Wirtschafts- und Versorgungsprobleme Norwegens. Der Produktionsrat hat direktes Weisungsrecht an alle Departements und Fylkesmänner.

VerkehrUmstellung des norwegischen Verkehrs von Kohle auf Holz

Während beim Kraftfahrzeugverkehr die Umstellung von flüssigen auf feste Treibstoffe (Holzkohle und Knott) infolge des Benzinmangels bereits im vergangenen Jahre verstärkt erfolgte und heute im wesentlichen als abgeschlossen gelten kann, sind nunmehr durch den Kohlenmangel auch Eisenbahn und Schifffahrt gezwungen, sich auf Holzfeuerung umzustellen, um überhaupt noch die lebenswichtigsten Transporte bewältigen zu können. Der Eisenbahn und Schifffahrt werden an Kohle nur Zuschußmengen zur Verfügung gestellt werden können und zwar für die Hochgebirgstrecken der Eisenbahn, für die Hurtigrouten-Schifffahrt und für die Lokal-Schifffahrt in waldarmen Fjorden und Nordnorwegens. Der "Produktionsrat" hat bereits Weisung zum Holzeinschlag gegeben. Für die Versorgung der Eisenbahn soll der Einschlag längs dem Schienenstrang erfolgen. Auf der Strecke sollen in entsprechenden Abständen kleine Depots errichtet werden. Die Züge werden also in Zukunft auf offener Strecke halten müssen, um Holz aufzunehmen. Erhebliche Verspätungen im Eisenbahnverkehr lassen sich nicht vermeiden und müssen in Kauf genommen werden. Die technische Umstellung einer Anzahl Loks hat sich ohne größere Schwierigkeiten bereits durchführen lassen. Hierwie auch bei der Schifffahrt kommen Norwegen die Erfahrungen aus dem letzten Weltkriege zugute, wo die Lage ähnlich war. Allerdings sind die Schwierigkeiten bei der Umstellung der Schiffe erheblich größer. Auch der Antransport des Holzes nach den vielen Anlegestellen längs der Fjorde ist schwierig (Mangel an Kraftfahrzeugen und Generatorholz für diese). Deshalb soll das benötigte Holz in erster Linie an den Fluß- und Fjordufern geschlagen und nach den Anlegestellen geflößt werden.

.. Diese

Diese Umstellungsmaßnahmen werden - nach Meinung der verantwortlichen norwegischen Stellen - die durch den Kohlenmangel entstandene ernste Situation auf dem Verkehrssektor etwas erleichtern. Heute noch nicht in vollem Umfange zu übersehende Folgen aber befürchtet man für die Versorgungstransporte nach dem Norden und den waldarmen, z.T. waldlosen Küstenstrichen.

Erste Voraussetzung sei auch der Holzeinschlag selbst, der jetzt mit allen Mitteln forciert werden soll. Für die Eisenbahn schätzt man den Bedarf auf 700 000 Favn und für die Generatorkraftfahrzeuge auf 500 000 Favn. Für die Schifffahrt liegen noch keine genauen Zahlen vor. Insgesamt berechnet man den Holzeinschlag Norwegens für die nächste Versorgungsperiode auf 3 - 4 Millionen Favn. Norwegischerseits hofft man bezüglich der bisher in der Hauptsache an Waldarbeitermangel gescheiterten Bedarfsdeckung darauf, daß sich die Waldarbeiterfrage durch die veränderte Lage auf dem Arbeitssektor von selbst regulieren werde. Man vertritt bei den zuständigen norwegischen Stellen die Ansicht, daß die durch die infolge Kohlenmangels freiwerdenden Industriearbeiter notgedrungen Waldarbeit als die z.Zt. einzige Verdienstmöglichkeit aufnehmen werden. Kaum zu lösen sei dabei allerdings die Schuh- und Bekleidungsfrage. Der "Produktionsrat" habe schon die Möglichkeit erwiesen, die Ausrüstungslager des AT (Norwegischer Arbeitsdienst) in Anspruch zu nehmen, glaubt aber, daß der AT hierzu kaum bereit sein wird.

Ein vordringliches Transportproblem stelle auch nach Meinung des norwegischen Verkehrsdepartements die noch nicht abgeschlossene Evakuierung Nordnorwegens dar. Aus dem Tromsfylke müßten noch ca. 1 000 Personen abtransportiert und aus dem Nordlandfylke von den dort vorläufig untergebrachten Evakuierten ca. 7 000 Personen weiter nach dem Süden verschoben werden, haupt-

sächlich

1941/563

sächlich deshalb, weil durch die jetzigen transportbedingten Nachschubschwierigkeiten die Versorgung der in diesem Raum untergebrachten Menschen nicht gewährleistet sei. Auch befände sich darunter eine größere Anzahl Personen, die sich auf den Lofoten niedergelassen habe unter dem Vorwand, sie seien Fischer. Diese Personen müßten, um für die tatsächlichen Fischer Platz und Lebensmöglichkeiten zu schaffen, abtransportiert werden. Da keine Sonderzüge oder Extraschiffe gestellt werden können, ist diese Frage vorerst noch ungeklärt.

Parolen der Heimatfront auf dem WirtschaftssektorAnweisungen für den Volksstreik

Norwegischen Wirtschaftlern wurde in Bergen ein illegales Rundschreiben mit der Überschrift "Über den Volksstreik" mit einem persönlichen Anschreiben zugestellt, in dem sie aufgefordert werden, den Inhalt in Sitzungen und Zusammenkünften bekannt zu geben. Der Inhalt der Anweisung besagt, daß z.Zt. "aktive Gegenwehr gegen Unterdrückung" unerwünscht sei. "Die wirksamste Waffe", so wird ausgeführt, "ist die Arbeitsniederlegung, der Volksstreik, der nur im Notfall auf Befehl des alliierten Oberkommandos als Protestaktion gegen Terror-Akte bzw. zur Erzwingung der Zurücknahme seitens der Machthaber begonnener Aktionen ausgelöst wird (z.B. bei Mobilisierung). Beteiligung am Volksstreik ist Pflicht aller Norweger. Streikbrecher sind Verräter, die später zur Rechenschaft gezogen werden. Ausgenommen vom Streik sind Ärzte und Feuerwehr, sowie in beschränktem Umfange die Bauern, die jedoch nur an Privatleute liefern dürfen. Polizei, Zahnärzte, öffentliche Büros und insbesondere die Verkehrsmittel müssen streiken. Es ist beizeiten für Lebensmittel zu sorgen, auch für Wasser, da mit der Sperrung der Wasserzufuhr als Gegenmittel der Machthaber gerechnet werden muß. Der Volksstreik ist nicht von langer Dauer und hat mit dem alten klassenkämpferischen Generalstreik nichts zu tun."

Zum Schluß wird zur Besonnenheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß keine Einzelaktionen unternommen werden dürfen.

1941/565

Anweisungen der Heimatfront zur Frage der norwegischen Betriebswachen

Nachdem im Zuge der Zunahme der Sabotageanschläge gegen kriegswichtige Betriebe die Sicherung dieser Werke in steigendem Maße durch deutsche Wachen erfolgte, wurde nunmehr eine der üblichen "Anweisungen" der Heimatfront in illegalen Zeitschriften bekanntgegeben, die folgendes besagt:

"Als Folge der erhöhten Anzahl der Sabotagehandlungen gegen kriegswichtige Betriebe haben die Deutschen selbst die Bewachung einer Reihe von Betrieben übernommen. Dadurch kommt die Frage der Betriebswachen wieder in eine andere Stellung. Nunmehr ist die Parole: In den Fällen, in denen die Deutschen selbst die Bewachung übernehmen, sollen alle zusätzlichen zivilen Wachmannschaften außer den festen Wachmännern, Nachtwachen und Pförtnern u.a. zurückgezogen werden."